

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 100.

Sonntag, den 9. April.

1848.

An die Mitglieder des Arbeiter- und Handwerker-Bereins Leipzigs.

Wer den Verhandlungen Eures Vereins beigewohnt oder die Berichte desselben gelesen hat, muß sich über den gesunden Sinn, die richtige Einsicht und ehrenwerthe Gesinnung freuen, die sich in ihnen ausgesprochen haben, muß sich freuen wahrzunehmen, daß die Bildung der Jetztzeit und das richtige Erkennen unserer heutigen Zustände auch in Eure Kreise gedrungen ist. Ihr habt eingesehen, daß eine gänzliche Umwälzung unserer staatlichen Verhältnisse Eure Lage nicht nur nicht verbessern, sondern nur verschlimmern würde; Ihr habt begriffen, daß nicht unsere monarchische Staatsform die Schuld der Uebel trägt, die Viele drücken, daß vielmehr unsere Verfassungen nicht in dem Geiste gehandhabt worden sind, in welchem sie gegeben; ja daß ihnen noch manche freisinnige Bestimmung fehlt, daß insbesondere in dem Wahlgeseß die ~~Gewährung~~ ^{Gewährung} derjenigen Befugnisse vermißt wird, auf deren Ertheilung auch Euer Stand ein nicht zu bestreitendes Recht hat. Ihr habt dieserhalb petitionirt und es wird, es muß gewährt werden. Ihr verlangt noch einige andere Concessionen; auch diese, wenn sie mit Gerechtigkeit und Billigkeit übereinstimmen, müssen Euch zu Theil werden. Allein hütet Euch Unbilliges, ja Unmögliches zu fordern! Mißtraut den Stimmen, die Euch zu solchen Ansprüchen auffordern; die Euch gar vorpiegeln, eine andere Regierungsform, die Republik, verspreche Euch eine bessere Existenz! Diejenigen, von denen diese Stimmen ausgehen, können es nicht aufrichtig mit Euch meinen! Sie verfolgen andere Zwecke als Euer Wohl! denn es liegt zu offen am Tage, daß gerade die Republik diejenige Staatsform ist, welche Eure Lage nicht verbessern, nein, im Gegentheil nur verschlimmern würde. Denn so wie die Republik allen unseren socialen Verhältnissen und europäischen Zuständen widerspricht, so steht sie auch insbesondere gerade mit Euren Bedürfnissen in offenem Widerstreit. Zwar sagen jene Stimmen, das sei nicht also; gerade die Republik werde und müsse für Euch sorgen, müsse Euch Arbeit oder in deren Ermangelung Unterhalt gewähren. Allein sie verschweigen hierbei einen Punct, und zwar den Hauptpunct. Die Republik wird für eine Zeit lang diesen Ansprüchen entsprechen können; allein für die Länge ist sie es nicht im Stande; sie befindet sich bald in der Unmöglichkeit die Unsummen aufzutreiben, welche eine solche Unterstützung erfordert. Denn da ihr Bestand im In- und Auslande allgemeines Mißtrauen einflößt (eine Thatsache, die aus vielen Gründen sowie aus der frühern und neuesten Geschichte leicht nachzuweisen ist), so befindet sich die Regierung ohne Unterstützung Seiten der bestehenden Classen. Sie kann weder ein Anlehn zu Stande bringen, noch immobiles Staats Eigenthum verkaufen, da es Niemand zu kaufen wagt. Von Creation von Papiergeld schreckt das Beispiel der Assignaten zurück. Es giebt noch andere Mittel, rufen jene Stimmen: Besteuerung des Reichthums! Zwangsanleihen! Aber eine solche Maßregel wird auch nur eine Zeit lang helfen und sie vermehrt das Mißtrauen nur

noch mehr. Alle Arbeit, alle Fabrikation, aller Credit, aller Handel hört auf; das ganze Volk wird Consument; nur der Landmann bleibt als einziger Producent! Wird er die Last, die auf seine Schultern gewälzt wird, lange tragen können, tragen wollen?

Ein solcher unnatürlicher Zustand kann nicht lange dauern, er muß zusammenbrechen und muß aller menschlichen Voraussicht nach unendliche Verwirrung, unendliches Elend in seinem Gefolge haben. Wo ist da eine Aussicht zu Verbesserung Eurer Lage! Hinweg also mit dem Gedanken an eine Republik! Haben wir nicht das Beispiel einer freien und doch monarchischen Regierung in England vor Augen? Ist hier nicht bürgerliche und politische Freiheit in hohem Grade vereint? Und ließen sich einer solchen Verfassung nicht noch liberale Zusätze machen, die insbesondere das Wohl der ärmern und arbeitenden Classe betreffen?

Gottlob, wir können in dieser Hinsicht der Zukunft getrost entgegen sehen; die jetzt in Frankfurt vereinigten und zu berufenden deutschen Volks- und Staatsmänner werden für den deutschen Bundesstaat die liberalste Verfassung vorbereiten und entwerfen und analog mit dieser muß es die jedes einzelnen deutschen Landes sein, wenn auch nicht schon jede Regierung dieserhalb die vollständigste und bündigste Gewährung ausgesprochen hätte. Diese Verheißungen sind unwiderruflich! d.

Auch ein paar Worte über die Emancipation der Juden.

Bekanntlich bezeichnet man mit dem Ausdruck: „Emancipation der Juden“ im Allgemeinen die in neuerer Zeit vielfach als wünschenswerth empfohlene Befreiung der in christlichen Staaten lebenden Juden von den Beschränkungen, denen sie im Bezug auf politische und sociale Rechte eben als Juden meistens seit längerer Zeit daselbst unterworfen sind. Vom blos theoretischen Standpuncte aus betrachtet, läßt freilich diese Emancipation als eine Anforderung der allgemeinen Humanität sich ohne große Schwierigkeiten rechtfertigen: allein, so bald man auf die Ergebnisse der practischen Erfahrung achtet, stellt sich die Sache ganz anders dar. Denn alsdann erscheint der Satz: daß man die Juden als solche in christlichen Staaten fortwährend wie Ausländer anzusehen und zu behandeln habe, sehr wohl begründet; und eben darum kann von einer wirklichen Gleichstellung zwischen Christen und Juden durchaus nicht die Rede sein, wenn man nicht das christliche Princip selbst gewissen vornehm klingenden, aber in der Praxis wenig bewährten politischen Ideen vorzeitig zum Opfer bringen will*).

Es giebt bereits eine specielle gesetzliche Verordnung in Deutschland, in welcher der Grundsatz, daß der Jude als solcher in einem christlichen Staate ganz in das Verhältniß eines Fremden oder Ausländers gestellt, und eben darin auch jetzt noch erhalten

*) Wir nehmen hier den Ausdruck: „das christliche Princip“ keineswegs im Sinne des Wichhornschen Pietismus, sondern ganz im Sinne des christlichen Protestantismus.